

Oberender, Peter

Article — Digitized Version

Industrieförderung - eine ordnungspolitische Betrachtung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Oberender, Peter (1987) : Industrieförderung - eine ordnungspolitische Betrachtung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 10, pp. 517-521

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136329>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Peter Oberender

Industrieförderung – eine ordnungspolitische Betrachtung

Staatliche Industrie- und insbesondere Innovationsförderung gilt vielfach als ein Patentrezept bei der Bekämpfung von Wachstums- und Beschäftigungsproblemen. Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Industrieförderung in einer marktwirtschaftlichen Ordnung?

Sowohl von politischer als auch von wissenschaftlicher Seite wird seit einiger Zeit verstärkt eine umfangreiche staatliche Industriepolitik gefordert. Dies um so häufiger und nachdrücklicher, je größer die Arbeitslosigkeit und je geringer das Wirtschaftswachstum bzw. je größer die Strukturanpassungsprobleme in bestimmten Bereichen sind.

Gefordert wird vor allem eine staatliche Förderung der Innovationsaktivität der Unternehmen, weil unterstellt wird, daß gerade Innovationen eine Schlüsselrolle als Determinante des wirtschaftlichen Wachstums zu fällt. Auch wurde es geradezu Mode, Industrieförderung zu betreiben. Hierbei tun sich besonders die beiden süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg hervor¹. In der Praxis existiert eine kaum noch überschaubare Vielzahl wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die bestimmte Industriezweige begünstigen sollen. Das Spektrum staatlicher Aktivitäten reicht dabei von der direkten finanziellen Unterstützung bestimmter Forschungsprojekte über die Veranstaltung von Innovationsschulungen bis hin zur Schaffung von Technologieparks und Gründerzentren².

Eine staatliche Industrieförderung gilt vielen jedoch nicht nur als sehr problematisch, sondern sie wird oft auch als kontraproduktiv und als weder markt-, geschweige denn wettbewerbskonform kritisiert. Eine grundsätzliche Analyse der staatlichen Industriepolitik muß daher insbesondere folgende Fragen beantworten:

- Welche Gründe werden für eine staatliche Industrieförderung genannt?
- Welche Probleme und unerwünschte Wirkungen staatlicher Industrieförderung ergeben sich?
- Welche Möglichkeiten und Grenzen einer staatlichen Industrieförderung existieren in einer marktwirtschaftlichen Ordnung?

chen Industrieförderung existieren in einer marktwirtschaftlichen Ordnung?

Sehr oft wird die Industrieförderung mit der hohen Arbeitslosigkeit begründet. Durch Industrieförderung erhofft man sich eine Lösung dieses Problems. Als Rechtfertigungsgründe werden aber ebenso fehlendes Risikokapital, mangelnde Risikobereitschaft, fehlende Sicherheit für Unternehmensgründungen, Wachstumschwächen sowie ein wachsender Konkurrenzdruck ausländischer Unternehmen, der vor allem aufgrund von Subventionen ihrer nationalen Regierungen entsteht, genannt³. Vor allem im letzten Fall wird die staatliche Industrieförderung damit begründet, daß durch solch eine Politik die gleichen Voraussetzungen für die heimischen Unternehmen zu schaffen seien.

Als Begründung für eine staatliche Industriepolitik wird weiter sehr häufig die Kurzsichtigkeit des Marktes – oft wird hierbei auch von einem Marktversagen gesprochen – angeführt. Denn eine marktwirtschaftliche Ordnung sei primär auf das Hier und Jetzt ausgerichtet, während zukünftige Bedürfnisse unterschätzt werden würden. Oft wird auch behauptet, der Marktwirtschaft sei ein „strukturelles Innovationsdefizit“ zu eigen.

Darüber hinaus herrscht in weiten Kreisen seit einigen Jahren die These vor, daß sogenannte Innovationsdefizite zunehmend regional zu beobachten seien, was sich vor allem im Zurückbleiben einiger Regionen der Bundesrepublik in der wirtschaftlichen Entwicklung ausdrücke. Für das sogenannte Süd-Nord-Gefälle lägen die entscheidenden Ursachen darin begründet, daß im Norden der Bundesrepublik die „falschen“ Branchen angesiedelt seien, wohingegen Süddeutschland als

¹ Vgl. A. Jaumann: Soziale Marktwirtschaft heute – Anmerkungen eines Landwirtschaftsministers, in: List Forum, Band 14 (1987/88), S. 65ff.

² Ausführlich hierzu vgl. G. Bräunling, D.-M. Harmsen: Die Förderprinzipien und Instrumente der Forschungs- und Technologiepolitik, Göttingen 1975.

³ Zu den Ursachen staatlichen Aktivismus vgl. E. Staude: Technologie- und Regionalpolitik der Länder: vom Leistungs- zum Subventionswettbewerb, in: List Forum, Band 14 (1987/88), S. 93ff., hier S. 94ff.

Prof. Dr. Peter Oberender, 46, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftstheorie) an der Universität Bayreuth.

Beispiel für eine „richtige“ sektorale Wirtschaftsstruktur angesehen werden könne, die durch einen höheren Anteil von sogenannten High-Tech-Branchen gekennzeichnet sei⁴.

Oft wird auch behauptet, es sei vor allem die Existenz externer Effekte dafür verantwortlich zu machen, daß private Neuerungsanstrengungen unterbleiben. Insbesondere für die neueren Entwicklungen der Mikroelektronik gelte, daß Forschungsergebnisse für das einzelne Unternehmen nicht exklusiv nutzbar seien, also der gesamtwirtschaftliche Nutzen größer als der einzelwirtschaftliche sei. Begründet wird dies damit, daß zum einen wegen des hohen Fortschrittstempos nur ein sehr begrenzter Zeitraum zur Nutzung verfügbar sei, zum anderen sei der Patentschutz in diesem Bereich faktisch wirkungslos. Diese Situation wird oft als Indiz für ein Marktversagen angesehen.

Allen Argumenten ist die Auffassung gemeinsam, daß sie ein sogenanntes Marktversagen konstatieren. Man spricht von einer systemimmanenten Innovationschwäche, d. h. man ist der Ansicht, eine solche Schwäche sei einer marktwirtschaftlichen Ordnung inhärent. Auffällig ist hierbei, daß nicht darüber nachgedacht wird, inwieweit die angeführten Argumente für ein sogenanntes Marktversagen nicht vielmehr Ergebnis staatlicher Interventionen und damit Ausdruck eines Staatsversagens sind.

Probleme

Die Industrieförderung weist eine Reihe von Problemen auf, insbesondere handelt es sich dabei um Informations-, Haftungs- und Wettbewerbsprobleme. Von Befürwortern einer staatlichen Industrieförderung wird oft der Eindruck erweckt, als besäßen die Entscheidungsträger alle hierfür notwendigen Informationen. Aber realiter haben weder die Bürokraten noch die Politiker und ihre Berater ein vollkommenes Wissen und eine vollkommene Voraussicht.

Eine typische Eigenschaft arbeitsteiliger hochkomplexer Prozesse ist es aber gerade, daß sie nicht durch eine zentrale Stelle erklärbar und steuerbar sind. Vielmehr ist es der Markt als dezentraler Such-, Informations-, Verarbeitungs- und Innovationsprozeß, der das weitverstreute Wissen am besten nutzt⁵. Hierbei setzen

die einzelnen Marktteilnehmer bei ihren individuellen Entscheidungen mehr Wissen ein als eine zentrale Instanz besitzen, geschweige denn sinnvoll verarbeiten könnte. Es wird deshalb im Zusammenhang mit einer Industrieförderung zu Recht vor einer Anmaßung von Wissen (von Hayek) gewarnt.

Die Förderung einer bestimmten Branche bzw. Wirtschaftsstruktur heißt außerdem, daß alle nicht geförderten Bereiche diskriminiert werden. Hierdurch wird nicht nur der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Branchen und Unternehmen beeinflusst, sondern es besteht zugleich die Gefahr, daß auch falsche Branchen und Unternehmen gefördert werden und somit eine Verschwendung knapper Ressourcen vorliegt.

Bei der Förderung bestimmter Branchen und Technologien wird häufig übersehen, daß es nicht ausreicht, ein neues Produkt oder Verfahren entdeckt zu haben, sondern daß es ebenso wichtig ist, dafür auch einen Markt, d. h. eine Nachfrage zu haben. So hat es ökonomisch keinen Sinn, beispielsweise eine qualitativ hochwertige Flugzeugindustrie zu besitzen, wenn es nicht gelingt, auch die dafür notwendige Nachfrage und damit die Märkte zu schaffen. Ein instruktives Beispiel hierfür stellt die staatliche Entwicklung der Flugzeuge „Concorde“ und „Airbus“ dar⁶. Aufgrund der gestiegenen Treibstoffpreise und des zunehmenden Umweltbewußtseins bestand für den Flugzeugtyp „Concorde“ nach seiner Fertigstellung keine Nachfrage.

In der Industrieförderung manifestiert sich oft auch ein Glaube an die Machbarkeit wirtschaftlicher Entwicklungen. Öffentliche Bürokratien handeln oft so, als seien sie omnipotent, d. h. als seien sie in der Lage, Entwicklungen nicht nur zu beeinflussen, sondern in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken. In Wirklichkeit wissen die Entscheidungsträger einer staatlichen Industrieförderung nicht mehr als alle anderen am Wirtschaftsprozess Beteiligten, oft sogar noch weniger, weil sie von den direkten Marktvorgängen völlig abgeschnitten sind und ihre Informationen von anderen beziehen.

Weltweiter Wettlauf

Aus der Tatsache, daß nahezu alle staatlichen Industrieförderungsprogramme in den verschiedenen Ländern identisch sind, resultiert ein abgestimmtes Verhalten der nationalen Regierungen hinsichtlich der Richtung und oft auch des Umfangs der Förderung sogenannter Zukunftsbereiche. Durch eine solche Gleichartigkeit der staatlichen Förderungslisten wird meist die Basis für einen weltweiten Subventionswettlauf gelegt. Jedes Land möchte seinen Unternehmen helfen, gegenüber den ausländischen Unternehmen, die umfang-

⁴ Kritisch hierzu vgl. G. Rüter: Regionalpolitik im Umbruch. Bayreuth 1987.

⁵ Ausführlich hierzu vgl. F. A. von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kieler Vorträge, N.F. 56, Tübingen 1968.

⁶ Ausführlich hierzu vgl. H. Berg, G. Mammen: Alternative Strategien staatlicher Technologieförderung: Eine Analyse der Projekte „Concorde“ und „Airbus“, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 32 (1981), S. 346ff.

reich gefördert werden, nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Verstärkt wird eine solche Politik durch entsprechende nachdrückliche Forderungen seitens der Unternehmen mit dem Hinweis auf die Wahrung der internationalen Chancen und der Startgleichheit. Dieses internationale Parallelverhalten führt dann meist zu Überkapazitäten, die die Basis für weitere staatliche Interventionen – wie z. B. Quotenregelungen – bilden⁷. Damit entsteht eine Interventionsspirale mit immer umfassenderen Regelungen und Regulierungen, die zu einer starken Einschränkung der Souveränität der Produzenten und Verbraucher und damit zu einer zunehmenden Entmündigung der Bürger führt. Auf diese Weise setzt sich immer mehr ein „verstaatlichter Wettbewerb“ durch.

Oft wird auch übersehen, daß hinsichtlich der technologischen Entwicklung eine internationale Arbeitsteilung gemäß dem Theorem der komparativen Kosten gilt. Nicht in jeder Technik kann eine Region bzw. ein Land erste sein. Es ist deshalb vordergründig, wenn auf der Grundlage isolierter Produkt-, Branchen- oder Technik-(Lizenz)Bilanzen auf die Dominanz eines Landes wie z. B. der USA oder Japans hingewiesen wird und daraus die Forderung nach einer staatlichen Industrieförderung zur Schließung solcher Defizite abgeleitet wird. Hierbei wird oft übersehen, daß jede Region und jedes Land auch im internationalen Handel komparative Vorteile besitzen, die es zu nutzen gilt.

Die staatliche Industrieförderung ist in aller Regel auch mit einer staatlichen Haftung verknüpft. Dadurch werden private Unternehmer sowie Arbeitnehmer weitgehend aus ihrer Verantwortung entlassen, was sich in einer entsprechenden Erwartungshaltung niederschlägt. Wie die Wirklichkeit zeigt, wird der Staat dann sehr oft für die sozialen Probleme, die sich aus einer Strukturveränderung und aus einer Strukturanpassung ergeben, verantwortlich gemacht.

Im Anschluß an eine staatliche Industrieförderung werden deshalb meist weitere öffentliche Unterstützungen für eine abgefederte, sozial verträgliche Bewältigung der Struktur- und Beschäftigungsprobleme gefordert. Eine staatliche Förderung von sogenannten Zukunftsbranchen bzw. Zukunftstechnologien schlägt deshalb nicht selten in eine Erhaltung von „Vergangenheitsarbeitsplätzen“ um und bewirkt letztlich eine Strukturkonservierung. Der Unternehmer wird dadurch zunehmend aus seiner Verantwortung entlassen und gelangt sukzessive in eine staatliche Abhängigkeit.

Ein schwerwiegendes ordnungspolitisches Problem staatlicher Industrieförderung stellt die Diskriminierung der nicht geförderten Technologien, Unternehmen,

Branchen sowie Regionen dar. Es findet eine Benachteiligung in zweifacher Hinsicht statt: Zum einen werden sie nicht gefördert, und zum anderen müssen sie über entsprechende Steuern und Abgaben die Industrieförderung der Begünstigten finanzieren. Hiervon werden insbesondere auch potentielle neue Unternehmen betroffen, für die sich dadurch die Markteintrittsschranken beträchtlich erhöhen können. Wird durch diese Erschwernisse ein Markteintritt von Unternehmen verhindert, so kann dies insgesamt negative Wirkungen auf den Wettbewerb haben.

Ferner ergibt sich ein innerer Widerspruch in Zusammenhang mit der staatlichen Industrieförderung. Zum einen soll dadurch der Wettbewerb sowohl national als auch international angeregt werden, zum anderen wird aus sozialpolitischen Gründen durch staatliche Subventionen die Anpassung bestimmter Bereiche an die veränderte Wettbewerbssituation be- bzw. verhindert, wodurch eine Verringerung des Wettbewerbs eintritt.

Auswirkungen

Wie bereits erwähnt, werden durch eine Industrieförderung grundlegende Veränderungen der Unternehmermentalität und des unternehmerischen Verhaltens ausgelöst. Eine Empfängermentalität wird gefördert und breitet sich zunehmend unter den Unternehmern aus. Insbesondere werden die Unternehmer hinsichtlich ihrer Erwartungen negativ beeinflusst. Ihre Interessen und ihre Aktivitäten konzentrieren sie vermehrt auf staatliche Förderungsprogramme. Hierbei besteht die Gefahr, daß sie die Entwicklung der Märkte vernachlässigen. Die Wettbewerbsaktivitäten verlagern sich, indem immer mehr ein Wettbewerb um die Erlangung einer staatlichen Förderung zu Lasten des Wettbewerbs auf den Märkten stattfindet. Dadurch wird der Wettbewerb und somit die marktwirtschaftliche Ordnung korrumpiert.

Eine solche Fehlentwicklung wirkt sich auch auf die Struktur der Unternehmertypen in einer Volkswirtschaft aus: So wird der „staatliche“ Unternehmer zunehmend den initiativen, d. h. den Pionier- und den spontan imitierenden Unternehmer verdrängen. Es kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß durch eine staatliche Industrieförderung immer mehr Innovationsmüdigkeit⁸ oder

⁷ Ein instruktives Beispiel hierfür stellt die europäische Stahlindustrie dar. Ausführlich dazu vgl. P. Oberender, G. Rüter: Bewältigung einer Strukturkrise durch Wettbewerb – Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Lösung der Stahlkrise in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Ordo*, Bd. 36 (1985), S. 153ff.

⁸ Vgl. J. Röpke: Staatsversagen als Ursache der Innovationschwäche in westlichen Industrieländern, in: A. Schüller, H. Leopold, H. Hamel (Hrsg.): *Innovationsprobleme in Ost und West*, Stuttgart 1983, S. 91ff.

eine generelle Aktivitätsmüdigkeit bei den Unternehmen erzeugt wird.

Aufgrund der Knappheit der öffentlichen Mittel der Industrieförderung muß im Rahmen der Mittelvergabe eine Auslese unter den antragstellenden Unternehmen vorgenommen werden. Entscheidend ist hierbei, daß eine solche Selektion nicht durch die anonymen Kräfte des Marktes erfolgt, sondern von Bürokraten nach subjektiven und oft willkürlichen Kriterien vorgenommen wird.

So werden in aller Regel nicht nur anpassungsfähige „staatliche“ Unternehmer bevorzugt, sondern vor allem auch Großunternehmen. Eine solche Förderungspolitik verstärkt damit den aus sozialpolitischen Gründen bereits bestehenden Bestandsschutz von Großunternehmen. Diese Bevorzugung von Großunternehmen hat entsprechende Wirkungen auf die Unternehmensstruktur. Es wird ein Konzentrations- und Kartellierungsprozeß zum Nachteil kleiner und mittlerer Unternehmen begünstigt.

Weiter muß bedacht werden, daß durch eine staatliche Industrieförderung sogenannter Schlüsselindustrien eine Lenkung der unternehmerischen Investitionen stattfindet, weil sich Unternehmer verstärkt diesen geförderten Branchen zuwenden. Dadurch wird ein gleichförmiges Investitionsverhalten der Unternehmer begünstigt, was zu einer Entstehung von Überkapazitäten führt. Damit wird zugleich die Basis für spätere Insolvenzen und neue Forderungen nach staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Erhaltung von nicht (mehr) wettbewerbsfähigen Unternehmen und Arbeitsplätzen geschaffen.

Daneben besteht die Gefahr, daß umfangreiche Mitnahmeeffekte seitens der Unternehmen hervorgerufen werden, d. h. es werden Unternehmen unterstützt, die einer Förderung überhaupt nicht bedürfen, weil sie in der Lage sind, die für die Entwicklung einer neuen Technologie und Branche erforderlichen Mittel selbst aufzubringen. Somit findet ein Substitutionsprozeß zwischen privaten und staatlichen finanziellen Mitteln statt, der gesamtwirtschaftlich unerwünscht ist.

Insgesamt wird durch eine Industrieförderung das unternehmerische Risiko der betreffenden Branche – zumindest kurzfristig – erheblich reduziert. Wegen der damit verbundenen Verzerrung der Risikorelationen der verschiedenen Faktorverwendungsmöglichkeiten wird die Allokation knapper Ressourcen negativ beeinflusst.

Oft findet auch im Rahmen einer staatlichen Industrieförderung eine Privatisierung der Gewinne statt, während die Verluste durch die staatliche Übernahme sozialisiert werden. Eine solche Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Verluste wird über Steuern und Abgaben von anderen Mitgliedern der Gesellschaft getragen. Der langfristige, tiefgreifende Schaden, den dadurch die marktwirtschaftliche Ordnung im Ansehen der Bevölkerung nimmt, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Angesichts dieser vielfältigen Probleme und der unerwünschten Wirkungen staatlicher Industrieförderung stellt sich die Frage, ob überhaupt eine solche staatliche Förderung notwendig und möglich ist. Sollte diese Frage bejaht werden, so müssen zugleich auch die Grenzen einer solchen Förderung ausgelotet werden.

Möglichkeiten und Grenzen

Eine staatliche Industrieförderung kann in einer Marktwirtschaft nur mit Hilfe der Ordnungspolitik wettbewerbskonform betrieben werden. Durch Konstanz der Wirtschaftspolitik (Eucken)⁹ und durch ihre damit gegebene Vorhersehbarkeit muß eine Aktivierung der Unternehmer erfolgen, die den Motor der wirtschaftlichen Entwicklung darstellen. Hierbei müssen offene Märkte mit einer möglichst großen Bewegungsfreiheit für Unternehmer bestehen, was der Schaffung entsprechender gesetzlicher und institutioneller Rahmenbedingungen bedarf, die einen solchen freien Wettbewerb ermöglichen.

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung müssen die Unternehmer entscheiden, in welche Richtung und in welchem Umfang es sich für sie lohnt, zu forschen, zu innovieren und zu imitieren. Eine staatliche Industriepolitik darf nicht versuchen, die Strukturen der Wirtschaft in eine bestimmte Richtung zu lenken. Wegen der hohen Komplexität und der daraus folgenden Ungewißheit könnte sich eine solche Steuerung beispielsweise im internationalen Wettbewerb sehr schnell als verfehlt herausstellen und zu neuen gravierenden Anpassungsproblemen führen. Es muß deshalb in diesem Zusammenhang sehr nachdrücklich vor der Vorstellung der Machbarkeit gewarnt werden.

Die oft anzutreffende Auffassung, eine Volkswirtschaft müsse auf jedem technisch neuen Gebiet international führend sein, ist falsch. Vielmehr gelten auch für die Forschungsaktivitäten – wie bereits erwähnt – die Prinzipien der internationalen Arbeitsteilung, die es im internationalen Wettbewerb zu entdecken und zu nutzen gilt.

⁹ Vgl. W. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 5. Aufl., Tübingen 1975, S. 285ff.

Vierorts wird im Zusammenhang mit einer staatlichen Industriepolitik die Errichtung von Technologieparks propagiert, um die Unternehmer zu Innovationen anzuregen. Hierbei wird meist übersehen, daß durch diesen „Förderungs-“ und „Technologietransfer-Aktivismus“ (Staudt) für die Unternehmer zwar bessere Möglichkeiten der Information bestehen, aber dadurch oft bei ihnen auch eine Innovationsmüdigkeit provoziert wird¹⁰.

Entscheidend für Innovationen ist vielmehr, daß durch ein innovationsfreundliches Klima und entsprechende Rahmenbedingungen Unternehmer wieder mehr Anreiz und Mut zur Kreativität haben¹¹. Hierzu bedarf es – wie das Silicon Valley zeigt – keiner staatlichen Industrieförderung zur Entstehung solcher Zentren, sondern es sind lediglich genügend kreative Unternehmer erforderlich, die sich zu einer spontanen Initiative entschließen.

Gegenwärtig geht die größte Gefahr für marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien jedoch keineswegs von den erklärten Skeptikern und Gegnern der Marktwirtschaft aus. Eine weitaus größere Gefahr und Bedrohung der Marktwirtschaft erwächst vielmehr aus dem Kreis derjenigen politischen Kräfte, die sich freimütig zur sozialen Marktwirtschaft bekennen, die aber im praktischen, politischen Handeln selbst vor massiven Interventionen in den Wirtschaftsprozess nicht zurückschrecken.

Mehr Mut zum Markt

Den Verfechtern dieser sogenannten pragmatischen Marktwirtschaftspolitik – hier sind insbesondere die süddeutschen Ministerpräsidenten Strauß und Späth zu nennen – kommt dabei zu Hilfe, daß das derzeitige Süd-Nord-Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung offenbar die Richtigkeit einer offensiven Industrieförderungspolitik belegt. An dieser Stelle muß jedoch eindringlich davor gewarnt werden, aufgrund von augenscheinlicher und unter Umständen augenblicklicher wirtschaftlicher Prosperität voreilig Bayern und Baden-Württemberg zu

¹⁰ Vgl. R. Clapham, D.E. Scholz-Bappert: Technologieparks – Ziele, Instrumente und Wirkungen. Diskussionsbeiträge zur Ökonomie des technischen Fortschritts, Nr. 5, Siegen 1986; vgl. auch o. V.: Erste Auslaufmodelle, Wirtschaftswoche, 41. Jg. (1987), Nr. 32 vom 31. 7. 1987; kritisch hierzu vgl. G. Rüter: Regionalpolitik im Umbruch, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 67. Jg. (1987), H. 6, S. 314 f.

¹¹ Vgl. P. Oberender: Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Technologieförderung: Eine ordnungspolitische Analyse, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 38 (1987).

¹² Ausführlich hierzu vgl. R. Soltwedel et al.: Deregulierungspotentiale in der Bundesrepublik, Kieler Studien 202, Tübingen 1986.

¹³ Zur Problematik der Sozialplanpflicht vgl. auch H.-M. Schellh a b : Chancen und Gefahren von Sozialplänen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 64. Jg. (1984), H. 6, S. 287 ff.

attestieren, daß die dort betriebene Industrieförderungspolitik richtig ist. Hierzu bedürfte es einer eingehenderen Analyse, bei der geprüft werden müßte, ob diese Prosperität in der Industrieförderungspolitik begründet ist oder ob sie lediglich Ausdruck der Marktentwicklung bestimmter Branchen ist.

Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß jede Förderung einzelner Branchen die Gefahr schwerwiegender Fehlentwicklungen heraufbeschwört. Die Erfahrungen mit sogenannten Schlüsselindustrien wie etwa der Kohleförderung und der Stahlindustrie sprechen eine deutliche Sprache. Auch bei der Herstellung von Chips zeichnen sich gegenwärtig international beträchtliche Überkapazitäten ab. Dies birgt die Gefahr in sich, daß hier zur vermeintlichen Bewältigung der entstehenden Probleme ähnliche staatliche Interventionen Platz greifen wie in der Stahlindustrie.

Die staatliche Industrieförderung muß sich in erster Linie auf die Schaffung entsprechender ordnungspolitischer Rahmenbedingungen beschränken. In diesem Zusammenhang sind die zahlreichen Regulierungen in einigen Wirtschaftszweigen zu beseitigen, die die Neuerungen entweder erschweren oder sogar unmöglich machen. Als herausragende Beispiele sind in diesem Zusammenhang das Post- und Fernmeldewesen, das Verkehrswesen, der Versicherungsbereich, das Gesundheitswesen sowie die Energieversorgung zu nennen¹². In diesen Bereichen – aber auch in anderen – sind durchgreifende Deregulierungen und Privatisierungen vorzunehmen, damit privaten Unternehmen die Chance gegeben wird, innovativ und imitativ tätig zu werden.

Weiter müssen innovationshemmende Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht abgebaut werden. Aufgrund der umfassenden Schutzvorschriften gegen die Freisetzung von Arbeitnehmern bei Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen werden die Anreize zur Hervorbringung neuer Produktionsverfahren und die Hinwendung zu neuen Bereichen vermindert, was letztlich wiederum dazu führt, daß Arbeitsplätze weniger wettbewerbsfähig werden und vor allem Neueinstellungen unterbleiben. Insbesondere die Sozialplanpflicht bindet finanzielle Mittel von teilweise beträchtlichem Ausmaß, die dann für innovative und investive Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehen¹³.

Alles in allem bedeutet eine marktwirtschafts- und wettbewerbsadäquate Industrieförderungspolitik mehr Mut zur marktwirtschaftlichen Steuerung und damit mehr Mut und Vertrauen auf die Souveränität des einzelnen Bürgers und die Kräfte der Selbstorganisation des Wettbewerbs.